Nr. 504. XXXIII. Jahrgang — Abend-Ausgabe. — Montag, 3. Oktober 1904

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Heidelberger Ministerkonferenzen.

Ministerkonferenzen in Heidelberg sind im deutschen Volke nicht besonders gut angeschrieben. Besprechungen von Finanzministern deutscher Bundesstaaten in der schönen Neckarstadt haben zu Projekten geführt, die von der öffentlichen Meinung sehr wenig schön befunden und abgelehnt worden sind.

Jene Beratungen aber, die jüngst zwischen dem preußischen Eisenbahnminister und seinen süddeutschen Kollegen in Heidelberg abgehalten wurden, dürfen eher auf eine sympathische Aufnahme rechnen. Der Zweck dieser Verhandlungen war, zwischen den Eisenbahnen im Norden und Süden eine Betriebsmittelgemeinschaft herzustellen.

In der Verfassung des deutschen Reiches ist ursprünglich eine völlige Gemeinschaft der deutschen Eisenbahnen in Aussicht genommen worden, und es ist nicht zu leugnen, daß angesichts der großen Bedeutung, die dem Eisenbahnwesen innewohnt, die deutsche Eisenbahngemeinschaft geeignet wäre, das Einheitsgefühl unter den Bundesstaaten zu verstärken.

Die partikularistischen Neigungen, die eine Zeitlang noch recht bemerklich in einzelnen Teilen des Reiches zu Tage traten und an manchen Stellen auch heute noch nicht ganz geschwunden sind, waren indes der Durchführung der in der Reichsverfassung in Aussicht genommenen Eisenbahngemeinschaft hinderlich. Auch hat der Fiskalismus, mit dem die Eisenbahnen in den verschiedenen Bundesstaaten betrieben werden, in der Bevölkerung wenig Stimmung für die Eisenbahneinheit gemacht, von der womöglich eine Verschärfung dieses fiskalischen und hyperfiskalischen Systems befürchtet wurde.

Schließlich ergaben sich aber aus der Aufrechterhaltung des getrennten Eisenbahnbetriebes Schwierigkeiten, deren Beseitigung in dem Maße erwünschter wurde, als das Eisenbahnwesen mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Entwickelung in Deutschland eine immer steigende Bedeutung annahm und Mißstände auf diesem Gebiete damit um so fühlbarer wurden.

Kaum vergeht ein Jahr, in dem nicht das Thema von dem Waggonmangel auf die Tagesordnung kommt, und zwar kehren die Klagen darüber eigentümlicherweise immer wieder, ob das Wirtschaftsleben in Deutschland stärker pulsiert oder sich in einem Stadium der Abschwächung befindet. Daraus ergibt sich schon, daß nicht so sehr der absolute Mangel an Betriebsmitteln die Erklärung jenes Notstandes bildet — obwohl auch für die Vermehrung an sich besser gesorgt sein könnte —, daß vielmehr unzweckmäßige Dispositionen über das Betriebsmaterial an dem Waggonmangel mit schuld tragen. Fahrmittel, die an der einen Stelle unverwendet stehen, fehlen an einer anderen, an der dringender Bedarf danach vorhanden ist. Das kann auch nicht wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß unter dem gegenwärtigen, aller Einheitlichkeit entbehrenden System die Wagen an den Grenzstationen vielfach unnötigerweise gewechselt werden und die hieraus entstehende Störung des Verkehrs durch den ebenfalls viel zu häufig vor sich gehenden Wechsel der Zugbeamten noch verschärft wird.

Gab früher das Nebeneinanderbestehen von Staats- und Privatbahnen den ersteren in manchen Fällen Anlaß, gegen die Privatbahnen in einen Konkurrenzkampf einzutreten, der von concurrence déloyale wenig verschieden war, so stellte sich ein ähnliches Verhältnis auch zwischen den einzelnen Bundesstaaten heraus. Die Konkurrenz, die sich die preußischen und sächsischen Staatsbahnen lange Zeit gemacht, hat hüben und drüben zu mancher tiefgehenden Verstimmung Anlaß gegeben. Und um die Mainz-Ludwigshafener Bahn wurde zwischen Preußen und Hessen eine Zeitlang ein Kampf geführt, der an Stelle der von der Reichsverfassung beabsichtigten Eisenbahngemeinschaft vielmehr eine Eisenbahnfeindschaft zu Tage treten ließ.

Gerade zwischen Preußen und Hessen ist es nun bereits im Jahre 1900 zu der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft gekommen. In dem Vertrage erfolgte eine Verständigung auf der vermittelnden Grundlage, daß zwar jeder der beiden Staaten seine Hoheitsrechte behielt, in Bezug auf die Betriebsmittel und die Finanzwirtschaft aber eine Gemeinsamkeit eingeführt wurde.

In den Heidelberger Konferenzen ist das Programm für eine Verständigung zwischen der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft und den süddeutschen Bahnen enger begrenzt worden. Hier handelt es sich einstweilen nur um eine Betriebsmittelgemeinschaft. Es ist das nicht viel, aber es könnte wenigstens einigen Uebelständen, wie dem überflüssigen Wagenwechsel abhelfen und schon damit auch den Wagenmangel einigermaßen mildern. Freilich wird sich die Beseitigung der bisherigen Decentralisation als ein Vorteil nur erweisen, wenn nicht mit einer übermäßigen Centralisation der Betriebsleitung ein neuer Fehler begangen wird. In Preußen allein schon weiß man ein Lied davon zu singen, daß die Disposition über die Betriebsmittel unter der gar zu starken Centralisation leidet.

Es ist deshalb auch vorerst **nur** als eine Art Experiment anzusehen, ob die Betriebsmittelgemeinschaft wirklich das halten wird, was man sich von ihr verspricht. Gelänge aber dieser Teil des Eisenbahneinheitsprogramms, so wäre alsdann auch der Finanzgemeinschaft der Weg geebnet. Der Augenblick hierfür ist jetzt vielleicht auch deshalb noch nicht gekommen, weil einstweilen erst noch in den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten mehr als bisher die Ueberzeugung durchdringen muß, daß die Eisenbahnen nicht so nach fiskalischen Rücksichten, sondern vielmehr im Interesse des Verkehrs zu betreiben sind. Erst, wenn dieser Grundsatz anerkannt ist, könnte die Hoffnung gehegt werden, daß die Finanzgemeinschaft im deutschen Eisenbahnwesen einen Fortschritt bildete, der von der Bevölkerung mit Sympathie aufgenommen und sich hiermit auch als eine wahre Stärkung des Reichseinheitbewußtseins bewähren würde.

---

* Der Verwaltungsausschuß des **oldenburgischen Landtags** hat sich, wie uns ein Privat-Telegramm aus Oldenburg meldet, einstimmig zu Gunsten der Thronfolge des Herzogs von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg entschieden. Das Plenum wird nicht anders entscheiden. Der Protest des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein hat also die Entscheidung des oldenburgischen Landtages nicht ändern können. Nun hat noch der Bundesrat darüber zu befinden, ob er sich mit der oldenburgischen Thronfolgefrage überhaupt befassen will.

---

* In Ergänzung der telegraphischen Meldung über die Feier des **25jährigen Jubiläums des Reichsgerichts** sei noch folgendes mitgeteilt: Der Präsident des obersten Gerichtshofes, Dr. Gutbrod wies auf die höchste Stelle im Reiche hin, auf die Person des deutschen Kaisers, dem es beschieden gewesen sei, das große Gesetzgebungswerk, in dessen Mittelpunkt das neue Bürgerliche Gesetzbuch stehe, mit seinem Namen zu vollziehen. Dem Reichsgericht sei die Aufgabe gestellt, dies kostbare Besitztum zu wahren, das zugleich ein Band der Treue zu Kaiser und Reich sei. Senatspräsident Dr. Löwenstein führte unter anderem aus, er glaube, es aussprechen zu dürfen, daß es beim Reichsgericht nie an dem freudigen Streben gefehlt habe, das Rechte zu finden, und daß es stets von dem Gefühl der Verantwortlichkeit und dem Bewußtsein der Unabhängigkeit nach oben und nach unten durchdrungen gewesen sei. Es werde dem Reichsgericht auch gelingen, die Schwierigkeiten, die sich durch die Uebernahme neuer Geschäfte immer umfangreicher gestalteten, siegreich zu überwinden. In dem vom Reichskanzler aus Homburg v. d. H. eingelaufenen Handschreiben heißt es im wesentlichen:

Ich freue mich, heute sagen zu können, daß das Reichsgericht die gehegten Erwartungen erfüllt hat. Es hat sich das Ansehen zu verschaffen und zu erhalten gewußt, dessen der oberste Gerichtshof zu der ihm anvertrauten Wahrung der Rechtseinheit bedarf. Noch in den jüngsten Jahren ist mit der Schaffung des einheitlichen bürgerlichen Rechtes dem Reichsgericht eine neue und große Aufgabe erwachsen. Ungeachtet schwerer Arbeitslast haben sich die Mitglieder des Gerichtshofes mit voller Hingebung dieser Aufgabe unterzogen. Ich darf es mit Genugtuung aussprechen, daß zum erheblichen Teile der allerwärts anerkannten Rechtsprechung der obersten Instanz es zu danken ist, wenn der Uebergang in das neue Recht sich ohne Schwierigkeiten vollzogen hat. Dem hohen Gerichtshofe kann ich zu seinem gegenwärtigen Lebensabschnitte nichts Höheres wünschen, als daß er in dem Geiste, der seine Mitglieder von jeher beseelt hat, als Hort des Rechtes zum Segen des deutschen Volkes und zur Festigung seiner nationalen Einheit fortwirken möge.

Außer von Großherzog von Baden traf auch noch von dem Senat der Stadt Bremen ein herzliches Begrüßungstelegramm ein. — Von den Jubilaren, welche dem Reichsgericht seit seiner Begründung angehören, nahmen an der Feier teil: die Senatspräsidenten Dr. Bolze und Dr. Mahumann, Reichsgerichtsrat Schlefinger, die Anwälte Justizrat Erythropel, Justizrat Sachs, Justizrat Dr. Seelig, Geh. Justizrat Dr. Romberg, Geh. Justizrat Pabki und von auswärtigen früheren Mitgliedern Reichsgerichtsrat Boesselier, Senatspräsident Dr. v. Bomhard und Senatspräsident Rintelen.

---

* An russische Gepflogenheiten erinnert eine Verfügung des **Breslauer Regierungspräsidenten gegen die Presse.** Seit Jahren wurde in Breslau vom Bureau des Bezirksausschusses die Tagesordnung des letzteren stets einige Tage vor den Sitzungen der Presse bekannt gegeben, die dann natürlich auf die häufig interessanten Verhandlungen hinwies. Diese Mitteilungen des Bureaus sollen nunmehr „auf Anordnung des Regierungspräsidenten" unterbleiben. Wie die Volkswacht von gut unterrichteter Seite hört, soll diese Verfügung darauf zurückzuführen sein, daß die Breslauer Zeitungen auf den kürzlich angesetzt gewesenen Termin des Kronprinzen in seiner Oelser Steuersache hingewiesen haben. Die Verfügung des Breslauer Regierungspräsidenten ist für den Geist unserer Verwaltung charakteristisch. Denn es gibt noch manchen Beamten, der der Presse einen Maulkorb umlegen möchte — wenn er nur könnte!

---

* Der **Fall Schippel** hat sich, wie wir voraussahen, in Wohlgefallen aufgelöst. Nachdem der sozialdemokratische Parteitag zum „Fall Schippel" die bekannten Resolutionen beschlossen hatte, nahm die sozialdemokratische Parteileitung des 16. schlesischen Reichstagswahlkreises Stellung zur neu geschaffenen Lage. In der Parteiversammlung vom Sonnabend legte sie folgende Resolution vor:

„Die Parteiversammlung des 16. schlesischen Reichstagswahlkreises erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Parteitage in Bremen einverstanden. Zu den gegen Genossen Schippel auf dem Parteitage angenommenen Resolutionen erklärt die Parteiversammlung, daß keine Veranlassung vorliegt, Konsequenzen daraus zu ziehen, welche das Reichstagsmandat Schippels berühren."

Nach lebhafter Debatte wurde diese Resolution gegen sechs Stimmen angenommen. Schippel bleibt also Reichstagsabgeordneter. Man wird nun abwarten müssen, ob er seine protektionistische Ueberzeugung weiter vertritt oder ob er sich löblich unterwirft.

---

* Die diesjährige **Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung** hat einen glänzenden Verlauf genommen. Der Besuch der Versammlung aus der Stadt Straßburg und aus dem Elsaß war ein unerwartet starker und erbrachte den Beweis, daß sowohl in den auf diesem Gebiete führenden Kreisen als auch in breiteren Schichten der Bevölkerung ein lebhaftes Interesse für die freiwillige Bildungsarbeit vorhanden ist; insbesondere hat die Straßburger Stadtverwaltung ihre Sympathien für das, was die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung vertritt, in besonders hervortretender Weise zum Ausdruck gebracht. Auch die Landesverwaltung und die Universität, die letztere durch ihren Rektor, beteiligten sich an der Versammlung und waren durch zahlreiche Mitglieder vertreten.

Das Negerkind.

Von [Nachdruck verboten.]

Theodor Wolff.

△ **Paris**, Ende September.

Der Marquis Alejandro de Casa-Riera, der heute beschuldigt wird, kein echter Casa-Riera zu sein, lebt seit etwa zwanzig Jahren in Paris. Er wohnt in der Rue de Berri, nahe den Champs-Elysées, in einem großen, altertümlichen, im Versailler Stile gebauten Palais, dessen breiter Vorhof von der Straße durch ein hohes, weinberanktes Gitter getrennt ist, und er hat an den Abonnementstagen in der Oper eine jener Logen „zwischen den Pfeilern", die besonders teuer und besonders vornehm sind. Im übrigen aber ist dieser spanische Grande, wie mir von seinen Freunden und Bekannten gesagt wird, ein sehr bescheidener, ruhiger, liebenswürdiger und hilfsbereiter Mann, der im Stillen viel Gutes tut, die jungen spanischen Künstler unterstützt, und in seiner Opferwilligkeit nicht einmal davor zurückschreckt, die Bilder der modernen spanischen Schule zu sammeln. Er hat von seinem seligen Onkel Antonio Riera y Roses, Marquis de Casa-Riera, etwa achtzig Millionen geerbt, er hat wiederholt erklärt, daß er dieses Vermögen nur für seine beiden Neffen, die Söhne seines verstorbenen Bruders, verwalte, er hat durch kluge Unternehmungen das Erbe noch vermehrt, und er ist für diese Verdienste in Spanien zum Senator und in Frankreich zum Kommandeur des Ordens der Ehrenlegion ernannt worden.

Das Geschlecht der Casa-Riera gehört nicht zu den alten spanischen Adelsgeschlechtern. Es hat nicht unter den Fahnen des Cid gekämpft, es hat nicht unter Philipp dem Zweiten Mauren und Juden verbrannt, es hat auch sonst keine Ruhmestaten aufzuweisen. Glaubwürdige Erzähler behaupten, daß erst Antonio Riera y Roses, der selige Onkel, zum Marquis ernannt worden, ja, daß Antonio Riera ursprünglich nur ein schöner Müllerknecht gewesen, der das Herz und die Hand einer edlen Spanierin errungen und dann durch Lieferungen für die Armee seinen Reichtum begründet. Die Geschichten von den schönen Müllerknechten, die von den Gräfinnen entführt werden, sind ja ein wenig aus der Mode; aber wir haben in der letzten Zeit so viele Erfahrungen über die Herzensneigungen vornehmer Damen gemacht, daß wir nicht mehr berechtigt sind, solche Dinge einfach als törichte Fabeln abzutun. Antonio Riera y Roses kam in seinem vierzigsten Lebensjahre nach Madrid und baute sich ein glänzendes Haus in der Calle de Alcala. Er stieg auf der Leiter der Ehren und des Glückes fortwährend von Stufe zu Stufe: er wurde Ritter hoher Orden, Marquis und Witwer.

Wie über den Anfängen, schwebt auch über der späteren Lebenszeit des Marquis Antonio ein mysteriöses Dunkel. Es steht fest, daß er 1856 von Madrid nach Paris übersiedelte, daß er schließlich erblindete, daß er neunzig Jahre alt wurde und am 21. Mai 1881 in dem Palaste in der Rue de Berri starb. Es steht auch fest, daß er von einigen Dienern zur letzten Ruhe geleitet wurde, da all seine Verwandten in Spanien residierten, und daß er in seinem Testamente seinen Neffen José Mora de Riera, oder — falls José nicht mehr unter den Lebenden weilte — die jüngeren Neffen Alejandro und Gonzalo Mora de Riera als Erben bezeichnete. José Mora de Riera hatte das Unglück, sehr bald nach seinem Onkel zu sterben, und so rief der Notar den zweiten Neffen, Alejandro, herbei, der dann auch ohne Säumen anlangte und in den Palast in der Rue de Berri einzog. Gonzalo, der dritte dieser drei Brüder, folgte dem ältesten, José, in den Tod, und Alejandro nahm die beiden Kinder Gonzalos zu sich nach Paris. Zum ersten Male seit langer Zeit herrschten in dem großen Palaste der Rue de Berri wieder Frohsinn und Behaglichkeit, die guten Freunde und die treuen Landsleute gingen ein und aus, und der Marquis, dessen Schnurrbart schon allmählich ergraute, öffnete den einen sein Herz und den anderen seine Hand. Alle Welt hielt um diese Zeit und noch zwei Jahrzehnte lang den Marquis Alejandro de Casa-Riera für einen ungewöhnlich glücklichen Mann, und er besaß tatsächlich zwei Eigenschaften, die zu einer glücklichen Lebensgestaltung sehr nützlich sind: er war Philosoph und Millionär.

Aber es scheint, daß der selige Onkel, der Marquis Antonio, dem Marquis Alejandro nicht nur achtzig Millionen hinterlassen hat, sondern auch eine ungesühnte Schuld. Ich habe erwähnt, daß er im Jahre 1856 von Madrid fortzog, und man muß hinzufügen, daß er nie wieder den Boden Spaniens betrat, und daß sein glänzendes Haus in der Calle de Alcala seither verödet und verschlossen dastand. Alle Bewohner und alle Bewohnerinnen von Madrid kannten dieses Haus, und wenn sie von der Puerta del Sol zum Prado gingen, blickten sie mit Neugierde, mit Bedauern und mit Scheu zu den geschlossenen Fensterläden hinauf. Nirgends nistet die Phantasie sich so gern ein wie dort, wo sie nur durch das Schlüsselloch eindringen kann. Ich weiß nicht, ob es Leute von besonderer Phantasie oder Leute von besonderem Scharfsinn waren, die zuerst das Geheimnis des verlassenen Palastes herausfanden, aber vielleicht waren Phantasie und Scharfsinn gemeinsam tätig; und jedenfalls kann man nur nacherzählen, was diesseits und jenseits der Pyrenäen gesagt wird.

Es heißt also, daß der Marquis Antonio im fünfundvierzigsten Jahre seines Lebens bei einem Spaziergang auf einer seiner Besitzungen ein schönes junges Mädchen sah, noch ein halbes Kind, die Tochter eines Pächters. Erwachten in ihm die Erinnerungen an seine eigene, auf Wiesen und Feldern verlebte Jugendzeit, hatte der Verkehr mit seiner verstorbenen vornehmen Gattin die plebejischen Instinkte in ihm nicht zu ersticken vermocht, und sehnte er sich zurück nach einfacher Tugend und schlichter Herzensreinheit? Er nahm die Pächterstochter mit nach Madrid, ließ sie in allem Wissenswerten unterrichten und heiratete sie, als sie achtzehn Lenze zählte. Die achtzehnjährige Marquise entzückte durch ihren Liebreiz alle, die ihr nahen durften, aber kein Hidalgo konnte sich rühmen, je nur den kleinsten Gunstbeweis von ihr erhalten zu haben. Der Marquis umgab seine Gattin, deren einfache Tugend ihm ebenso wert schien wie ihre Schönheit, mit dem kostbarsten Luxus und war überglücklich, als nach der vorgeschriebenen Frist die junge Frau sich Mutter fühlte. Aber da geschah etwas ganz Eigentümliches, das niemand, oder wenigstens der Marquis nicht, erwartet hatte: das Kind, das in dem Palaste der Calle de Alcala zur Welt kam, war schwarz und sah absolut aus wie ein